Nation und Demokratie

Gedanken einer neuen Volksordnung

E. G. Kögel



Anmerkungen

Vorliegende Schrift ist die Wiedergabe eines Vortrages, der aus Anlaß der 19. Gästewoche des Freundeskreises Ulrich von Hutten e.V. und der Deutschen Kulturgemeinschaft Österreich gehalten wurde. Er wurde überarbeitet und geringfügig erweitert.

Selbstkosten: 10, - DM

Herausgeber: Vereinigung Gesamtdeutsche Politik (VGP) e. V.
Postfach 10 10 48
42810 Remscheid

Druck: Eigendruck

Konten:

Postscheckkonto Köln		Österreich. Postsparkasse Wien	
BLZ:	370 100 50	BLZ:	000 600 00
K. Nr.:	399 96 - 502	K. Nr.:	75 028 639
		Kurt Weidegger	
		Grubmühlstraße 21/3	
		A–4522 Sirning	

Nation
und
Demokratie

Gedanken
einer neuen Volksordnung

E. G. Kögel

Nation und Demokratie

Wollen wir beide Begriffe in Übereinstimmung bringen, so ist es notwendig, daß wir uns über beide Begriffe Klarheit verschaffen. Zur Klärung werfen wir einen Blick zurück in unsere jüngste Geschichte.

Nation

Nach einer Phase der völligen Ablehnung und Verketzerung der Begriffe Deutschland, Vaterland, Volk und Nation – als Folge des Zusammenbruchs – kam es im Rahmen der Auseinandersetzung um den Grundvertrag und der damit verbundenen Frage nach dem Selbstverständnis der deutschen Nation zu Aussagen, die aufhorchen ließen. Denn Willy Brandt stellte auf dem SPD-Parteitag in Dortmund am 1. 6. 66 folgendes fest:

> „Kein Volk kann auf die Dauer leben, ohne sein inneres Gleichgewicht zu verlieren, ohne in Stunden der inneren und äußeren Anfechtung zu stolpern, wenn es nicht ja sagen kann zum Vaterland. Wir Deutschen dürfen nicht die Geschichte vergessen. Aber wir können auch nicht ständig mit Schuldbekenntnissen herumlaufen, die junge Generation noch viel weniger als die ältere.
>
> Auch wenn der Nationalstaat als Organisationsform gewiß nicht das letzte Ziel politischer Ordnung bleibt, die Nation bleibt eine primäre Schicksalsgemeinschaft. Sie bleibt die Hülle unserer inneren Ordnung wahrscheinlich noch für lange Zeit, selbst im Zeitalter der Großraumverbände. Das innere Gefüge und das Bewußtsein der Nation sind dem europäischen Zusammenschluß gleichgeordnet, ihm nicht einfach untergeordnet. Die Nationen werden in überschaubarer Zeit ebensowenig verschwinden, wie die Staaten absterben."

Eine sicher wahre Aussage, ja staatsmännische Worte, die in den Regierungserklärungen 1970 und 1971 Ergänzungen erfahren haben, die aber wohl nur als Propagandaformel verstanden werden konnten, da ihnen nicht nur gegenteilige Äußerungen gegenüberstehen, sondern weil keine Politik getrieben wurde, die dieser Aussage gerecht geworden wäre.

Diese Äußerung erfolgte zudem in einer Zeit, wo schon längst ein weltweites Erwachen der Völker erkennbar und die nationale Begeisterung unüberhörbar war. Wohl eine der überzeugendsten Erkenntnisse der jüngsten Entwicklung, da allem Wunschdenken zum Trotz die Völker nach wie vor als politische Grundeinheiten Wirklichkeit sind.

Die nationale Welle erreichte uns, geschichtlich verständlich, mit einer Phasenverschiebung, und die als Tosbecken gedachte NPD errang schon 1965 beachtliche Anfangserfolge. Der SPD-Führung, die sich anschickte, ihre Partei von der Klassenpartei zur Volkspartei zu formieren, waren sicher die Worte des sozialdemokratischen Reichswehrministers der Weimarer Republik, Noske, noch in bester Erinnerung, der einmal feststellte:

> „Wenn wir nicht verstehen, einen vaterländischen Ton anzuschlagen, werden uns die Leute nach rechts weglaufen."

Was Strauß messerscharf erkannte und Schönhuber in unseren Tagen – ich hoffe, er war der letzte! – für die CDU/CSU gekonnt verhinderte, was aber auch den **Haß gegenüber allen Bonn nicht Hörigen** erklärt.

Nun, der vaterländische Ton hat damals Früchte getragen; dennoch, die Regierung eines Staates, die ihre Aufgabe nur als verwaltende und ausgleichende Tätigkeit begreift, wie die Heranziehung williger Steuerzahler und Konsumenten, kann diesen Staat nicht zu einem Zuhause für den Bürger werden lassen – da fehlt etwas. Das fühlt der Bürger, wenn er es auch nicht beschreiben kann. Daran hat auch das Erlebnis einer zweifachen Enttäuschung in unserer jüngsten Vergangenheit nichts geändert, die gekennzeichnet ist durch ein Hin- und Herpendeln zwischen den Extremen nationaler Überheblichkeit und nationaler Selbstverachtung, was jedoch in einem ursächlichen Zusammenhang mit dem politischen Geschehen im europäischen Raum einerseits und den weltweiten Auseinandersetzungen der Großmächte unserer Tage andererseits gesehen werden muß. Und es ist sicher nicht uninteressant festzustellen, daß ein so kritischer Beobachter der preußisch-deutschen Politik des letzten Jahrhunderts, wie Friedrich Engels, zu der Feststellung kommt, daß die

> „deutsche Einheit (noch niemals) keine bloße deutsche Frage war. Seit dem Dreißigjährigen Krieg war keine einzige gemeindeutsche Angelegenheit mehr entschieden worden ohne die sehr fühlbare Einmischung des Auslandes ... Die Einheit Deutschlands mußte also erkämpft werden nicht nur gegen die Fürsten und sonstigen inneren Feinde, sondern auch gegen das Ausland. Ober aber – mit Hilfe des Auslandes." [1)]

Seine letzten Worte **„mit Hilfe des Auslandes"** sollten wir uns gut merken!

Engels erkannte sehr richtig, daß die neue Geschichte Europas und besonders die deutsche von zwei Ideen, auch „fixe Ideen" genannt, bestimmt wurde. Das eine ist die Lehre vom europäischen Gleichgewicht, die andere nennt man die „Klassische Politik", auch das „Testament Richelieus". Die ihnen innewohnenden Praktiken waren stets darauf gerichtet, in Deutschland einzugreifen, die deutsche Frage in den größtmöglichen Schwierigkeiten zu halten, um die Einheit zu verhindern und keinen Machtfaktor entstehen zu lassen. Das „Prinzip des Westfälischen Friedens", die sogenannten „deutschen Freiheiten", nämlich Partikularismus und Separatismus, aufrechtzuerhalten, blieb die Grundlage auch der französischen Politik bis in unsere Tage. In der sogenannten „Rheinischen Bewegung" des Dr. Dorten und in den Bestrebungen Adenauers und der von ihm geführten CDU fand diese Politik deutscherseits Unterstützung und setzte sich fort in den Bemühungen, ein österreichisches Volk, eine österreichische Nation zu schaffen.

Dem sogenannten „Gesetz Richelieus" trat mit der Französischen Revolu tion und dem Aufstieg Napoleons eine neue Idee gegenüber, eine Idee, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannte, mit der Napoleon die Möglichkeit der Neuordnung Europas sah. Mit diesem sogenannten „Testament von St. Helena" war das Nationalitätenprinzip geboren.

Doch das gemeinsame Interesse, keinen Machtfaktor in Europas Mitte entstehen zu lassen, verband Rom und Paris gegen die deutschen Einigungsbestrebungen. Und das, was im 13., 17. und 19. Jahrhundert wahr war, ist es im 20. Jahrhundert geblieben. (Annektierte Gebiete: Eupen-Malmedy, Elsaß-Lothringen, Südtirol). Daran haben bis zum jüngsten Tag auch keine Freundschaftsverträge etwas geändert. Der Machtanspruch der Weltmächte überlagert diese Interessen, so daß die deutsche Frage trotz der Vereinigung der beiden teildeutschen Republiken 1989 bis zur Stunde ungelöst geblieben ist.

Es ist daher müßig, nur in der deutschen Politik, vor allem der letzten zwei Jahrhunderte, die Schuld zu suchen und aus dem 40jährigen Scheitern, die Einheit des deutschen Volkes herbeizuführen, eine Fügung des Schicksals zu konstruieren und zu behaupten, wir hätten die historische und politische Entwicklung anzuerkennen und zu begreifen, daß es ein abstraktes Selbstbestimmungsrecht nicht gibt, so daß sich infolge der Fehleinschätzung das Bemühen des deutschen Volkes, seine Einheit zu finden, als Irrweg erweisen mußte. Unsere Pflicht sei es nunmehr aus Bonner Sicht, aus nationalem und gesamteuropäischem Interesse den Begriff der Nation gemäß den Vorstel-

lungen der Vertreter der Aufklärung zu verstehen, daß es sich hierbei lediglich um eine Gemeinschaft mündiger Bürger handele, aber nicht um eine geistige und sittliche Gemeinschaft, die ihren Ausdruck findet in der Übereinstimmung von Volk und Nation; ja, daß diese „biologische Betrachtungsweise" nicht nur unpolitisch, sondern gar absolut geschichtswidrig sei.

Verlogener geht es wohl kaum!

Abgesehen davon, daß selbst in den Abkommen über Deutschland in den Jahren des Zusammenbruchs die Frage der Einheit der Nation nie zur Diskussion stand und von keiner Seite die Forderung erhoben wurde, Deutschland habe vor der Geschichte das Recht verwirkt, als einheitliche Nation fortzubestehen, wurde dieser gordische Knoten 1989 zerschlagen, welche Kräfte auch immer daran beteiligt waren. Die Forderung nach der Einheit von Volk und Nation wurde von den Deutschen der DDR erhoben. Zum Dank dafür dürfen sie den Kapitalismus in Reinkultur genießen und müssen es hinnehmen, daß man die ehemalige DDR wie eine Kolonie ausbeutet und ihr gesamtes volkswirtschaftliches Vermögen verschleudert.

Die in der Folge einsetzende Entwicklung, die noch anhält und deren Höhepunkt noch längst nicht erreicht ist, und der sich daraus verschärfende soziale Konflikt läßt immer stärker erkennen, daß die soziale Frage – der Zündfunke für Morgen – und der nationale Gedanke einander nicht ausschließen, sondern sich gegenseitig bedingen.

Wenn der soziale Gedanke Gerechtigkeit verkörpert, die ihre Richtkraft, d. h. die Vorstellung dessen, was wir unter sozialer Gerechtigkeit verstehen, jedoch aus der Einzelseele der selbständig denkenden Persönlichkeit empfängt (da die seelische Grundstruktur die Geschlossenheit des Denkens, Fühlens und Handelns herbeiführt, aber ihrerseits eingebettet und unlösbar mit der Volksseele verbunden ist, da ja das Volk die größte biologische Einheit ist und sein Organismus von den einzelnen Gliedern geprägt wird und alle Entscheidungen innerer und äußerer Fragen bestimmt und somit auch Liebe, Hingabe und Opferbereitschaft dem Nächsten gegenüber), so ist das Volk die Grundlage, der Nährboden des sozialen Gedankens.

Das heißt, die Grundelemente sind von Volk zu Volk verschieden und somit auch seine Lebensäußerungen.

Ist aber das Volk die Grundlage und, seiner selbst bewußt geworden – wie das Kind sein eigenes Ich entdeckt –, als Nation in Erscheinung getreten und jeder Teil des Ganzen, jeder Einzelne von diesem nationalen Bewußtsein erfüllt, wird sein Nationalbewußtsein ihn verpflichten, sich gegen Aus-

beutung und Unterdrückung der Glieder seines Volkes zu wenden, und zwar aus Gerechtigkeitsempfinden und somit sozialer Verantwortung. Nationale Haltung und soziale Verantwortung sind demnach untrennbar verflochten, so daß „national sein“ auch „sozial handeln“ heißt!

Das eigene Wertbewußtsein, verbunden mit der Pflichterfüllung dem eigenen Volke gegenüber, lehrt aber auch gleichzeitig, den Nachbarn in seiner Andersartigkeit zu schätzen, ohne daß eine Wertung damit verbunden ist.

Die Anerkennung der Eigenständigkeit des Nachbarn mindert darüber hinaus die Gefahr des Chauvinismus, der aus angeheiztem und übersteigertem Nationalgefühl entsteht, um verweigerte Anerkennung zu erzwingen.

Wenn daher gefolgert wird, daß für die Zukunft der nationale Gedanke die „Weltanschauung der Gerechtigkeit für alle Völker“ (Meinrad) ist, so findet dies seine Bestätigung in dem weltweiten nationalen Erwachen der Völker. Der nationale Gedanke ist dort der Schlüssel zur Neuorientierung in allen Lebensbereichen, wobei das Politische und Wirtschaftlich-Soziale Vorrang hat. Die widerstrebenden Kräfte, die überwunden werden müssen, sind entweder privat- oder staatskapitalistischer Natur, wie wir seit 50 Jahren täglich neu erfahren!

Doch das, was mit dem nationalen Gedanken in seiner Überspitzung zum Chauvinismus (Überbewertung der eigenen Nation) und Imperialismus (Herrschaft über andere Nationen) geschehen und bereits Geschichte ist, vollzieht sich heute sichtbar vor aller Augen mit dem sozialen Gedanken, was vordergründig die Ablehnung des Sozialismus erklärt. Der internationale Sozialismus – ein Kind des Kapitalismus – ist hingegen hof- und koali tionsfähig, wie wir täglich neu erfahren. Auch der internationale Sozialismus wurde mit der Französischen Revolution geboren. Ihre Parolen, Freiheit und Gleichheit, wie dort verkündet und gedeutet, schließen einander jedoch aus. Denn je mehr Freiheit – diese absolut gesetzt und als Bindungslosigkeit verstanden –, umso größer ist die Ungleichheit; und je mehr Gleichheit – diese absolut gesetzt und jeden Unterschied leugnend –, umso größer ist die Unfreiheit.

Die Entwicklung der Parolen bis in unsere Tage läßt das deutlich erkennen. Der durch die Absolutsetzung der Freiheit sich entwickelnde Individualismus hat einen Egoismus groß werden lassen, der sich nicht nur zersetzend auf die Gemeinschaft auswirkt im Kampf jedes gegen jeden, wo der am weitesten kommt, der am skrupellosesten ist, wo Macht vor Recht geht, wo der Einfluß des Kapitals unerträglich wird und das Leben dem Profit unter-

geordnet ist, sondern der auch den Unterschied zwischen arm und reich nicht abgebaut und somit die Ungleichheit erhalten hat.

Der durch die Absolutsetzung der Gleichheit sich entwickelnde Individualismus (das Einzelwesen betonende Weltanschauung) hat einen Egoismus in Erscheinung treten lassen, der darüber hinaus lebensverneinend ist, in dem gleichgesetzt wird, was nicht gleich sein kann, was zum Ausdruck kommt durch die Aufhebung der Unterschiede zwischen jung und alt, die Gleichsetzung von Mann und Frau, die Auflösung von Ehe und Familie, die Leugnung der Unterschiede in der geistigen Begabung, die Verneinung der Ungleichheit von Willenskraft und Schaffensfreude, die Ablehnung des Bestehens unterschiedlicher sittlicher Wertvorstellungen, das Bestreiten der Andersartigkeit der Völker und Rassen und, für jeden in seinen Auswirkungen erkennbar, in der Aufhebung des Privateigentums. Da diese Gleichheit Unfreiheit der Einzelseele bedeutet, ist der Unterschied von Knechtschaft und Freiheit geblieben.

Das Leben wurde auf den Kopf gestellt und die Wirklichkeit ins Gegenteil verkehrt. Doch das Wesen einer Ideologie ist ja nichts anderes als die Verschleierung, die Rechtfertigung von Interessen.

So wird der soziale Gedanke verfälscht und dient ebenfalls als Deckmäntelchen chauvinistischer und imperialistischer Interessen. Da seine geistigen Wurzeln in einem anderen Volkstum verankert sind, vom falschen Denkansatz abgesehen, und somit der unterschiedlichen Wesensart der Völker nicht Rechnung tragen kann, ihre freie Entfaltung einengt, ja erstickt, kommt es zum offenen Widerstand, so daß das kroatische Marxistenblatt „Praxis“ bekennen mußte:

„Es gibt keinen Sozialismus ohne die gelöste nationale Frage“,

was weltweit überzeugend nachgewiesen werden kann!

Ich darf es wiederholen: **Hier** wird der nationale Gedanke in unserer Zeit gefordert, **hier** fällt ihm eine Aufgabe zu, die Herausforderung der nach Weltherrschaft strebenden Kräfte anzunehmen, die beide aus den gleichen geistigen Quellen gespeist werden und sich nur unterschiedlich entwickelt haben. Gerade für uns als deutsches Volk, im Herzen Europas, an der ehemaligen Nahtstelle beider Systeme, sollte es Aufgabe und Verpflichtung sein, die Synthese von nationalem und sozialem Gedanken zu finden, um Ordnungsvorstellungen jenseits von Kapitalismus und Kommunismus zu entwickeln, die allein geeignet sind, die Grundlage zur Völkerverständigung und Völkerversöhnung und damit den Frieden auf dieser Welt zu schaffen.

Doch was die Lösung dieser Aufgabe so schwer macht, ist nicht nur das Nicht-Erkennen dieses ursächlichen Zusammenhanges, sondern es ist das fehlende Selbstverständnis, das fehlende Profil dieses Staates, seiner Repräsentanten und Bürger, die in der Masse nur noch mit halbem Herzen, wenn überhaupt, sich der nationalen Frage verbunden fühlen, von Verpflichtung ganz zu schweigen. Die Wohlstandsbürger dieser Freß-, Sauf- und Amüsiergesellschaft, nur dem Wohlleben verpflichtet, hätten nichts dagegen, das Vaterland an den Nagel der Geschichte zu hängen, um dafür etwas angeblich Besseres zur Sicherung ihrer Pfründen einzutauschen, sei es das „Vaterland Europa", die EU oder gar die imaginäre Größe „Weltbürger, Weltstaat", die nur in der Einbildung weltfremder Geister bestehen, die vom internationalen Gedanken reden, ohne den tieferen Sinn des Nationalen je begriffen zu haben.

Es ist in den meisten Fällen uneingestandenermaßen das angeschlagene Selbstbewußtsein und der daraus resultierende Minderwertigkeitskomplex, bedingt durch das Schicksal des deutschen Volkes in seiner jüngsten Vergangenheit, die diese Verhaltensweisen hervorrufen. Doch die Flucht aus der Vergangenheit ist keine Lösung. Man läßt unbeachtet, daß die anderen europäischen Nationen nicht willens sind, uns auf diesem Wege zu folgen, so daß sich die groteske Lage ergibt, daß im Teilwesteuropa, der EU, die Bundesdeutschen die einzigen Europäer neuer Prägung sind, die diesem Trugbild Vorleistungen ideeller und vor allem materieller Art erbringen, während die anderen Partner nicht im entferntesten daran denken, ihre nationalen Interessen den europäischen unterzuordnen, geschweige denn sie zu opfern!

Die Prediger der Entwurzelung nannte Ernst Moritz Arndt schon zu seiner Zeit Kosmopoliten, zu deutsch Weltbürger, die er so kennzeichnete:

> **„Es sind elende und kalte Klügler aufgestanden in diesen Tagen, die da sagen: Vaterland, Freiheit, schöne und hochklingende Namen ohne Sinn! Wo es dem Menschen wohlgeht, da ist das Vaterland, und wo er am wenigsten geplagt wird, da ist die Freiheit, das andere sind eitel Träume und Hirngespinste!"**

> **„Jener Kosmopolitismus, den man uns anpreist, ist nicht von Gott, sondern von Tyrannen und Despoten, welche alle Völker und Länder zu einem großen Schutthaufen, ja Misthaufen der Knechtschaft machen möchten."**

Dem ist wohl nichts hinzuzufügen, doch finden sich immer noch genügend „nützliche Idioten“ (Lenin), die in ihrer Verblendung nicht erkennen, in wessen Diensten sie stehen, ja, die diese Geisteshaltung noch als Fortschritt kennzeichnen und nicht wahrhaben wollen, daß sich dieser zweifelhafte Fortschritt nur auf die Bundesrepublik beschränkt. Als Argument führen sie die Überspitzung im Nationalismus und Sozialismus zum Chauvinismus und Imperialismus ins Feld und merken nicht, daß es sich oft nur um eine gesteuerte Entwicklung handelt, die das gleiche Ziel auf anderem Wege verfolgt.

Daß man im Verlauf der Entwicklung durch die Schwierigkeiten und Widersprüche den Weg zur Nation zurückfindet, wenn auch unter schweren Opfern, nicht nur materieller Art, ist auf Grund der Erfahrungen der Geschichte anzunehmen, es sei denn, man gibt sich selbst auf und unterwirft sich einem fremden Nationalismus. Spengler kennzeichnete es mit den Worten:

**„Die Weltpolitik vernichtet die Völker,
die ihr geistig nicht gewachsen sind.“**

Im Interesse der Zukunft unseres Volkes, unserer Nation, sollten wir dies nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern daraus unsere Folgerungen ziehen zu einem richtungweisenden Handeln.

Eine Patentlösung kann uns sicher niemand anbieten, doch bleibt die Einheit die geschichtliche Aufgabe der kommenden Generationen. Bei vorsichtiger Vorhersage kann von der Voraussetzung ausgegangen werden, daß das deutsche Volk aus seiner Betäubung erwacht und aus seiner Substanz noch Kraft genug entwickeln kann, um das Tief zu überwinden.
Motor dieser Entwicklung kann nur die junge Generation sein, unterstützt von der älteren, beide getragen von der Idee, die Einheit des ganzen deutschen Volkes durch nationale Befreiung und soziale Erneuerung mit friedlichen Mitteln herbeizuführen.

Das Fundament für ein solches Beginnen ist und bleibt der nationale Gedanke. Er ist der stärkste Faktor! Ihm allein gehört die Zukunft! Daher setzt man auch hier den Hebel an bei der Umerziehung der Deutschen. Doch immer wieder zeigt sich, daß der nationale Gedanke, nachdem er im Zuge der Entwicklung einmal geboren, unschlagbar, unausrottbar ist, und zwar deshalb, weil der im Unterbewußtsein verankerte Selbsterhaltungswille wie die von hier ausgehenden Willensrichtungen in letzter Konsequenz bestimmend sind, obwohl er – der nationale Gedanke – nur im (Ober-)Bewußtsein verankert ist, so daß man als Nation im idealen Sinne ein Volk bezeichnet,

das sein Selbstbewußtsein erlangt hat und sich seines Eigenwertes als kulturelle und politische Größe bewußt geworden ist.

Das heißt, als Nation kennzeichnen wir ein Volk, das vom Objekt anderer zum handelnden Subjekt wird und als politisch eigenständige Größe in Erscheinung tritt.

Demokratie

Wenden wir uns dem Begriff „Demokratie“ und der Form seiner Ausgestaltung zu, denn sie bestimmt ja unseren politischen Alltag seit 50 Jahren, so können wir Sonderbares feststellen.

Demokratie wurde zum Inbegriff der sogenannten westlichen Werteordnung. Gralshüter der Demokratie sind in diesem Jahrhundert die USA, die schon unter Präsident Wilson in den Krieg gegen Deutschland zogen, um „die Welt für die Demokratie reif zu machen“. Es war schon ein Zynismus ohnegleichen, daß der Präsident eines Landes, das die Ureinwohner ausgerottet hat und die importierten Schwarzen als Menschen zweiter Klasse behandelte und noch heute behandelt, die Welt für die Demokratie reif machen wollte. Schon damals stellte George Bernard Shaw, dem diese Heuchelei der Musterdemokraten auf die Nerven ging, im „New Statesman“ vom 6. 12. 1914 fest:

> „Deutschland ist in vielen Beziehungen demokratischer als England.“

An anderer Stelle sagt er dem Sinne nach, daß selbst er als Spötter nicht auf den Gedanken gekommen wäre, ausgerechnet in New York eine Freiheitsstatue zu errichten.

Begriff:

„Die übliche Übersetzung des Begriffes Demokratie heißt Volksherrschaft. Man geht von der Übersetzung des altgriechischen ‚demos‘ als Wort für ‚Volk‘ aus. Tatsächlich aber ist das altgriechische Wort für Volk ‚laos‘. So wird auch der Name Menelaos richtig übersetzt als ‚Volksführer‘. Das Wort ‚demos‘ indessen heißt ‚Abschaum‘. Die altgriechischen Bauern kochten in großen Kesseln Schaffett und schöpften dann von der Oberfläche des Suds den Abschaum herunter. Diesen Abschaum nannten sie ‚demos‘. Die Intelligenz und Führungselite der altgriechischen Städteregierungen bezeichneten danach dann ihrerseits die aufkommende Herrschaft des Pöbels verächtlicherweise als ‚Demokratie‘, die Herrschaft des Abschaums.“ [2)]

Montesquieu nannte die Staatsform, in der das Volk die oberste Gewalt hat, korrekt Republik und nicht Demokratie, so daß der zeitgenössische Staatsrechtler Hans Herbart von Arnim von einer „Pseudodemokratie" spricht. Selbst das BVG kennzeichnet das Bonner System nicht als Demokratie, sondern spricht von „freiheitlich demokratischer Grundordnung".

Gegenwartsbild:

Prüfen wir daher unsere sogenannte Demokratie, die uns als parlamentarische Demokratie von den Siegermächten nach 1945 übergestülpt wurde. Die von ihnen ausgewählten Repräsentanten begannen genau da – auch im Stil –, wo die Vorgänger 1932/33 aufgehört hatten.

Wenn wir uns die Frage stellen: „Haben wir eine echte Demokratie?", so gibt uns Bundeskanzler Ludwig Erhard die Antwort:

> **„Demokratie und freie Wirtschaft gehören logisch ebenso zusammen, wie Diktatur und Staatswirtschaft."** [3)]

Welchen **Schluß** muß man nun aus der Tatsache ziehen, **daß wir keine „freie Wirtschaft" haben?**

Von ähnlichen Zweifeln wurde einmal Bundespräsident Karl Carstens heimgesucht, als er die Befürchtung aussprach,

> **„...es würde eine übermäßige Machtkonzentration entstehen, wenn die wirtschaftliche Macht ganz dem Staat zur Verfügung stünde oder sich auf nur wenige Großkonzerne beschränkte."** [4)]

„Großkonzerne" und andere Kapitalballungen mit ihren Einflußmöglichkeiten auf Wirtschaft, Wissenschaft, Bildungseinrichtungen, Presse, Politik usw. sind jedoch inzwischen überall auf der Welt, auch in unserem Land, bedrückende Wirklichkeit! Sogar in einem 1968 erschienenen westdeutschen Schulbuch heißt es bei der Beschreibung der „modernen Massendemokratie" ganz unverblümt:

> **„Die Interessenverbände nehmen Einfluß auf die Aufstellung von Kandidaten der Parteien und arbeiten beratend in den Fachausschüssen der Parlamente mit."** [5)]

Und Vincent C. Vickers, weltbekannter Großindustrieller und langjähriger Gouverneur der Bank von England kam in seinem 1939 geschriebenen Buch „Wirtschaft als Drangsal" zu dem erschreckenden Schluß:

„Kurzum, man beginnt, sich in zunehmendem Maße der Tatsache bewußt zu werden, daß das freie Wahlrecht des Volkes nicht auch eine demokratische Regierung verbürgt, ausgenommen den Namen einer solchen, und daß der weitreichende Einfluß des Geldes, der Finanz, des „big business“ und vor allem der internationalen Hochfinanz mit ihrem sich keinem Lande verpflichtet fühlenden „Patriotismus“ nicht nur die Innen- und Außenpolitik der Regierung beherrscht und so das Leben und die Lebenshaltung des Volkes beeinflußt, sondern bereits in bedenklich weitgehendem Maße unsere vielgerühmte Demokratie in das umgewandelt hat, was seinem Wesen nach Finanzdiktatur ist.“

War es unter einem parlamentarisch-demokratischen System schon jemals anders?

Von Platon wissen wir:

„Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, denn sie ist stets eine Vorherrschaft der Reichen, also einer Minderheit.“ [6)]

Oder, wie es Treitschke ausdrückte:

„Man soll sich nicht täuschen darüber, daß der demokratische Grundsatz schließlich tatsächlich führt zu einer Herrschaft der Börse.“ [7)]

Coudenhove-Kalergi schreibt in seinem Buch „Praktischer Idealismus, Adel - Technik - Pazifismus“ [8)] auf Seite. 39:

„Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie: weil die Völker nackte Plutokratie nicht mehr dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister.
An die Stelle der feudalen Gesellschaftsstruktur ist die plutokratische getreten: nicht mehr die Geburt ist maßgebend für die soziale Stellung, sondern das Einkommen. Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist.“

In diesem bemerkenswerten Buch heißt es auf Seite 42:

„Durch die Hochkonjunktur des Krieges emporgetragen, beginnt eine neue Schieber-Plutokratie, die alte Unternehmer-Plutokratie zu zersetzen und zu verdrängen. Während mit der Bereicherung des Unternehmers der Volkswohlstand wächst, sinkt er mit der Bereicherung des Schiebers."

Auf Seite 53 schreibt Coudenhove:

„Nicht bloß die revolutionäre Geistesaristokratie von morgen – auch die plutokratische Schieber-Kakistokratie (Herrschaft der Schlechtesten!) von heute rekrutiert sich vornehmlich aus Juden: und schärft so die agitatorischen Waffen des Antisemitismus."

Damals schrieb Theodor Wolff, selbst Jude, im Berliner Tageblatt:

„Seitdem Deutschland ein Parlament hat, atmet es jüdische Luft." [9]

Walter Rathenau, Außenminister der Weimarer Republik, spottete 1928 folgendermaßen über die Demokratie:

„Demokratie, zu deutsch Volksherrschaft, die Regierungsform mit dem schönsten Namen und dem herrlichsten Phrasenschatz, bedeutet keineswegs die Herrschaft des Volkes.
Sie bedeutet, daß das Volk etwa alle vier oder fünf Jahre einmal abzustimmen hat, und zwar über fünf bis sechs Wahlprogramme, die untereinander zum Verwechseln ähnlich und voll von törichten, unaufrichtigen, verschwommenen und unverbindlichen Redensarten und Versprechungen sind. Gebunden an diesen Phrasenzettel, wählt es einen Abgeordneten, der ihm von einer Art Klub präsentiert wird und den es von Bierversammlungen her kennt, wo er mit großem Stimmaufwand und heftigen Armbewegungen grobe Versprechungen gemacht hat und auf die Gegenparteien geschimpft hat." [10]

Schließen wir diese Betrachtung der Vergangenheit mit einer Parlamentsrede von überragender Bedeutung. Sie lautet:

„Es wird Zeit für mich, Eurer Sitzung an dieser Stelle ein Ende zu bereiten, die Ihr durch Verachtung aller Moral entehrt und besudelt habt. Ihr seid eine parteisüchtige Bande und Feinde jeder guten Regierung! Ihr seid ein Pack feiger Schurken und würdet wie Esau Euer Land für ein Linsengericht verkaufen und wie Judas Euren Gott für einige Geldstücke verraten. Ihr habt nicht mehr Religion als

mein Pferd. Geld ist Euer Gott. Wer von Euch hat sein Gewissen nicht durch Bestechung verkauft? Gibt es einen unter Euch, der von wahrer Sorge für das Wohl der Gemeinschaft beseelt ist? Ihr seid der ganzen Nation unerträglich verhaßt geworden. Ihr seid hierher entsandt worden, um Mißständen abzuhelfen; aber Ihr selbst seid der größte Mißstand geworden. Unser Vaterland fordert mich daher auf, diesen Augiasstall zu reinigen, indem ich ein Ende mache mit Eurem frevelhaften Verhalten in diesem Hause, was ich mit Gottes Hilfe und der Gewalt, die er in meine Hand gelegt hat, jetzt tun will. Ich befehle Euch daher, wenn Euch Euer Leben lieb ist, sofort diese Stelle zu verlassen. Macht, daß Ihr hinauskommt, und beeilt Euch, Ihr feilen Sklaven, packt Euch!" [11)]

Eine solche schicksalswendende Sprache konnte nur ein wirklicher Staatsmann führen, Cromwell, der große Führer der englischen Revolution und Begründer des britischen Weltreiches, am 20. April 1653 im englischen Parlament.

Frage: Wo ist unser Cromwell?

Erste bescheidene Ansätze erkennen wir in den Worten des Abgeordneten Wiefelspütz (SPD) aus den Beratungen zu der Ergänzung des Abgeordnetengesetzes zwecks Überprüfung der Abgeordneten auf frühere Stasi-Mitarbeit aus dem Jahre 1991:

„Wer das eigene Volk bespitzelt und unterdrückt hat, wer es hintergangen, verraten und betrogen hat oder wer all dies zu verantworten hatte, gehört nicht in den Bundestag, auch wenn ihm das Mandat nicht entzogen werden kann." [12)]

So bleibt die Frage: Ist es inzwischen anders geworden?

Schon längst durchschaut der selbständig denkende Bürger die Bonner Politikerkaste:

„Sie verlangen uns mit der Herrschaft ihres Rechts gleich auch die Anerkennung ihrer Moral ab und gründen darauf den Anspruch, an ihrem Recht dürfe in Ewigkeit niemals gerüttelt werden. Ihr umfassendes metaphysisches Rechtfertigungssystem ist der Liberalismus. Sein politisches Ordnungssystem ist der Parlamentarismus, der uns in Deutschland in der Gestalt eines Parteienstaates gegenübertritt ...", indem die Mandatsträger „ ...ihren ökonomischen Vorteil aus

einer Wirtschaftsverfassung ziehen ...", die die Bezeichnung Kapitalismus trägt.
Dieses „...demokratische System ist zu einem parteiübergreifenden Kartell zur Postenverteilung auf Dauer entartet, in dem zwangsläufig die größten Opportunisten nach oben gespült werden". So haben die Parteien „ein oligarchisches Feudalsystem" geschaffen.
So setzt dieser Parteienstaat „die ***freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Bundesverfassungsgerichtes außer Kraft und ist nicht mehr in diesem Sinne demokratisch. Er besitzt keine Lösungskompetenz für die existentiellen Fragen des Gemeinwohls, weil er Eigensucht, Opportunismus und Korruption zum Prinzip erhoben hat."*** [13)]

Auch nach den Ausführungen des amerikanischen Nobelpreisträgers George Wald ist es keineswegs anders geworden, eher noch schlimmer. Sein Eröffnungsvortrag auf der 28. Tagung der Nobelpreisträger in Lindau am 26. 6. 1978 gipfelte schon damals in der Feststellung:

„Ich glaube nicht, daß in der westlichen Welt – in unserer Welt – die Regierungen wirklich regieren. Ich glaube, sie dienen als Handlanger großer finanzieller und industrieller Macht."

Gerade die jüngste Zeit lieferte zu George Walds Behauptung leider allzu reichliche Bestätigungen. Hierzu nur zwei Auszüge aus Presseberichten:

„Der Flick-Konzern hat in den Jahren von 1975 bis 1980 insgesamt 4,4 Millionen Mark an die den politischen Parteien nahestehenden Stiftungen gezahlt, davon allein 2,76 Millionen Mark an die sozialdemokratische Friedrich-Ebert-Stiftung in der Bundesrepublik." [14)]

Und:

„Die Bonner Staatsanwaltschaft ist nach Angaben der Hamburger Magazine „Stern" und „Spiegel" im Zusammenhang mit den Ermittlungen in der Parteispendenaffäre einem „gigantischen Steuerhinterziehungs- und Parteispendenskandal" auf die Spur gekommen.

Im Mittelpunkt soll die „Staatsbürgerliche Vereinigung" in Köln stehen, eine gemeinnützige politische Bildungseinrichtung ... Dem „Stern" zufolge hat die der CDU und FDP nahestehende Organisation von 1969 bis 1980 über 227 Millionen Mark an Spenden eingenommen. Davon seien zehn Prozent für satzungsgemäße Zwecke der Vereinigung ausgegeben worden, der Rest sei auf dem Umweg über

Schweizer Konten zurück in die Bundesrepublik in die Parteikassen geflossen.“ 15)

Daß es mit diesen Praktiken in den USA weitaus schlimmer aussieht, sollte für uns kein Trost sein!

Und wo bleibt der freie politische Wettbewerb, wenn sich die Parteien – diesmal auf Kosten des Steuerzahlers – so finanzieren:

„Politisch war die Europawahl für fast alle Parteien ein Reinfall, finanziell aber für einige ein Hit. Um insgesamt 222,26 Millionen Mark Kostenerstattung machen nämlich sieben Parteien den Staat ärmer, obwohl sie für den halbherzig geführten Wahlkampf nach eigenen Angaben bestenfalls rund 100 Millionen Mark ausgegeben haben. Die Differenz – mehr als 122 Millionen Mark – ist Reibach zu Lasten der Steuerzahler ... Möglich gemacht hat den Geldsegen das Parteiengesetz mit seiner Wahlkampfkostenerstattung. Danach zahlt der Staat für jeden Wahlberechtigten fünf Mark an die am Wahlkampf teilnehmenden Parteien.“ 16)

Goethe hat einmal – im Jahre 1831 – die Aufgabe des Politikers so gekennzeichnet:

„Wir brauchen in unserer Sprache ein Wort, das, wie Kindheit sich zu Kind verhält, so das Verhältnis Volkheit zu Volk ausdrückt.

Der Erzieher muß die Kindheit hören, nicht das Kind. Der Gesetzgeber und Regent die Volkheit, nicht das Volk. Jene spricht immer dasselbe aus, ist vernünftig, beständig, rein und wahr. Dieses weiß niemals vor lauter Wollen, was es will!
Und in diesem Sinne soll und kann das Gesetz der allgemein ausgesprochene Wille der Volkheit sein, ein Wille, den die Menge niemals ausspricht, den aber der Verständige vernimmt und den der Vernünftige zu befriedigen weiß und der Gute gern befriedigt.“ 17)

Der Politiker der heutigen „Demokratie“ jedoch kann kaum auf die „Volkheit“ hören und muß statt dessen überall oft unvernünftige und gruppenegoistische Wählerwünsche berücksichtigen. So entwischte einmal Egon Bahr, Bundesgeschäftsführer der SPD, der folgende Stoßseufzer:

„Die Partei hat die Faszination verloren, Werten und Zielen nachzuhängen, die über die Legislaturperiode hinausreichen.“ 18)

Es fragt sich, ob derartiges bei einer Partei der jetzigen Machart überhaupt möglich ist.

Zu dieser Meinungsbekundung über Wert und Unwert der Demokratie paßt recht gut der nachfolgende Auszug aus einem „Spiegel"-Bericht über den amerikanischen Wahlkampf von 1980:

> **„In Scharen schwenkten treue Demokraten von gestern über zu dem netten Ronald, der soviel mehr Wärme ausstrahlte als der Besserwisser Carter.**
> **Welches Programm Reagan im einzelnen vertrat, war dabei sekundär. Im September noch ermittelte der Meinungsforscher Wirthlin, daß 40 Prozent der Wähler keine Ahnung hatten, wofür der republikanische Kandidat eigentlich stand."** [19)]

Die Popularität eines Politikers hängt aber in hohem Maße auch davon ab, wieviel Geldmittel eingesetzt werden können, um für ihn Wahlpropaganda zu machen.

Über solche Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Demokratie äußerte sich am 1. Dezember 1975 der Premierminister von Jamaika N. Manley in einem Grundsatzreferat vor der „Ökumenischen Konferenz" in Nairobi:

> **„Das Übel der gegenwärtigen Weltsituation sieht Manley in den Auswirkungen des Mechanismus des modernen Kapitalismus ... In ‚Extremer Reaktion' auf das vertraute kapitalistische Modell hätten einige Gesellschaften auf der Gegenseite dann Wirtschaftsordnungen entwickelt, in denen der Staat totaler Besitzer und Kontrolleur sei. Diese neuen Modelle förderten ‚bürokratischen Zentralismus'; sie brächten eine ‚neue Form der Unterdrückung', um etwas zu erhalten, ‚was in Wirklichkeit Staatskapitalismus ist'. ‚Wie unter dem bürgerlichen Kapitalismus' seien in solchen Systemen die Arbeiter die eigentlichen Opfer. Nur würden sie jetzt ‚die unfreien Diener eines noch mächtigeren Herrn sein, des bürokratischen Staats.'**
>
> **Für Manley vermag auch das Vorbild der westlich-demokratischen Parlamente, das traditionelle Westminster-Modell, nicht mehr zu tun, ‚als einem elitären und ethisch minderwertigen System den Stempel demokratischer Legitimität aufzudrücken'. Viele parlamentarische Demokratien seien in Wirklichkeit nichts weiter ‚als Legitimationen für befristete Tyranneien von Majoritäten'. Mit den traditionellen Formen der parlamentarischen Demokratie könne man**

sich daher nicht begnügen, sie seien ‚nur der Ausgangspunkt für die Befreiung' bei dem Kampf der Menschheit – wie ihn Manley sieht – gegen ‚Herrschaft und Unterdrückung'." [20]

Artur Mahraun (1890-1950), ein wirklicher Demokrat und bedeutender deutscher Vordenker des Föderalismus, hat in seinem in den zwanziger Jahren veröffentlichten Buch **„Das Jungdeutsche Manifest"**, in dem er mit der Weimarer Demokratie abrechnet und das den Entwurf für einen tatsächlich demokratischen „Volksstaat" enthält, folgendes geschrieben:

„An Stelle der absolutistischen Dynastien des 19. Jahrhunderts ist der Absolutismus der großen Geldmächte getreten. Durch das ‚allgemeine gleiche' Wahlrecht ist eine scheinbar vorhandene Mitverantwortlichkeit des Volkes entstanden. Eine Untersuchung der wahren Verhältnisse ergibt jedoch, daß ein gleichberechtigtes Staatsbürgertum nicht vorhanden ist und daß die absolutistische Gewalt des Geldes das deutsche Volk aufs neue zu völlig machtlosem Untertanentum herabgedrückt hat. Dies war nur möglich, weil die Form der Gliederung des deutschen Staatsbürgertums heute die Masse ist. In der Masse ist der einzelne machtlos. Die tatsächliche Gewalt geht auf diejenigen über, welche im Besitze der Machtmittel sind, mit denen die Masse beeinflußt werden kann. Der Kampf gegen diese Neuart des Untertanentums ist schwerer wie der des 19. Jahrhunderts, denn die absolutistischen Fürsten des Geldes sind nicht sichtbar, wie die einstigen absoluten Fürsten." (S. 48)

„In allen modernen Republiken wird die Macht in Wirklichkeit durch einzelne geldmächtige Gruppen ausgeübt. Diese Geldherrschaft entwickelt sich immer mehr zu einem neuen Absolutismus, dem des Geldes. Das Bekenntnis zur Demokratie ist nur Schein. Es ist ein Schleier, welcher die wahren Gewalthaber verhüllt." (S. 62)

„Im parteiistischen Staat ist jede Persönlichkeit in der Lage, eine Partei zu gründen, welche über die nötigen Geldmittel verfügt. Sie ist noch nicht einmal gezwungen, sich selbst in den Vordergrund zu stellen, sondern sie kann im Hintergrund verborgen bleiben und Strohmänner vorschicken. Sie behält damit doch die Herrschaft über die Partei, solange sie die Geldmittel in der Hand hat, die für den Bestand der Partei notwendig sind.
Der wahre Herr im Parteiwesen ist also der Besitzer der Geldmittel." (S. 65)

Nach Artur Mahraun liegt einer politischen Partei ein verfehltes Organisationsprinizip zugrunde:

> „Die Partei besteht aus einer Clique, die sie regiert, aus Angestellten, welche von dieser Clique abhängig sind, und einer Masse, welche durch Parteitaktik gelenkt wird.
> Die Zahl der Idealisten, die einer Partei selbstlos dienen, ist verschieden. Sie ist jedoch in der Abnahme begriffen, da die Partei aus Wesensgründen nicht in der Lage ist, die Werte des Idealismus zu schaffen oder zu hüten. Alle plutokratisch geführten Parteien haben kein Interesse an der Entwicklung eines Gemeinschaftsgeistes. Die plutokratischen Machthaber können die Masse ohne diesen besser beeinflussen. In der Umbildung der Masse zur Gemeinschaft liegt für sie eine Gefahr."

Hier liegt auch der Grund, daß aus der „Gemeinschaft" die „Gesellschaft" wurde und jeder zum Faschisten, zum Nazi gestempelt wird, der von Gemeinschaft spricht, um jeden Denkansatz im Keime zu ersticken!

> „Je weniger Bindung innerhalb der Parteiangehörigen besteht, umso ohnmächtiger ist die Masse der Parteimitglieder gegenüber den plutokratischen Machtmitteln.
> Das Interesse der Partei an der Verbundenheit ihrer Mitglieder und Anhänger geht nur so weit, daß eine höchstmögliche Stimmenzahl bei den Wahlen gesichert wird. Weil die Taktik der Partei aus der händlerischen Umwerbung der einzelnen Menschen und Gruppen besteht, ist sie zu einer erzieherischen Tätigkeit im Sinne der Werteschaffung in keiner Weise befähigt. Der Mensch, welcher der Partei beitritt, findet dort keine Heimat. Seine staatsbürgerliche Betätigung im Rahmen der Partei dient und nützt nur deren Erhaltung und Ausbreitung." (S. 69)

Der Aufbau einer echten und dauerhaften Demokratie ist also – auch nach Aussage der obigen Zeugnisse – unmöglich, solange dafür nur eine kapitalistische Grundlage vorhanden ist.

In wirtschaftlichen und anderen Krisenzeiten – in den Zinsgeldsystemen sind sie vorprogrammiert – fällt solch eine „Demokratie" fast gesetzmäßig einem offen diktatorischen Regime zum Opfer, wie das während der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren fast überall in Europa eingetreten ist und wie das auch heute wieder zu beobachten ist. Anläßlich solcher Machtergreifungen wird in Zeitungskommentaren gelegentlich die

bange Frage laut, ob wir denn in „Schönwetter-Demokratien“ lebten, die im Ernstfall versagen. Bei kapitalistisch verfälschten „Demokratien“ ist solch ein Ende leider immer zu befürchten.

Zukunftsbild:

> **Erst nach Überwindung der „Plutokratie“, der „absolutistischen“ Macht des Geldes mit seinen demokratiefeindlichen Einflußmöglichkeiten, d. h. erst nach Abbau der Kapitalballungen und erst beim Vorhandensein freier, unabhängiger und selbstverantwortlicher Bürger kann sich ein freies Gemeinwesen, ein Volksstaat, eine echte Demokratie entwickeln.**

Die Voraussetzung dafür ist die Durchführung der vorgeschlagenen Reformen des Geld- und Bodenrechts (die ich vor einem Jahr hier vorstellte), weil sie erst die ungesunden Kapitalballungen zum Abschmelzen bringen und das leistungslose Einkommen beseitigen. Ohne diese beiden grundlegenden Veränderungen ist - das ergibt sich aus den vorhergegangenen Überlegungen – der Aufbau eines Staatswesens, das nicht mehr tyrannischer Selbstzweck, sondern zweckmäßiges Hilfsmittel ist, unmöglich.

Erst dann wächst eine Garde selbstbewußter, wirtschaftlich unabhängiger und freiheitliebender Bürger heran. Sie sind es jetzt, denen der politische Wille entsteigt – gemäß dem Grundgesetz, Artikel 20,2: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ – und nicht mehr irgendwelchen Dunkelmännern eines anonymen, unverantwortlichen, gewissensstumpfen, hab- und machtgierigen Großkapitals. Und eine Großpresse, die sich aus solchen Quellen finanziert, gibt es auch nicht mehr.

Dieser Volkswille macht sich bereits in der allernächsten politischen Umgebung, in der **Gemeinde**, bemerkbar. Diese ist ohnehin, zugleich mit der nachkapitalistischen Dezentralisation der Wirtschaft und Demonopolisierung, kleinräumiger und überschaubarer geworden. Man holt sich dorthin viele politische Rechte zurück, die im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte verlorengegangen sind.

D. h. Dezentralisierung statt entfremdender Zentralverwaltung, Aufhebung der Kreis-, Gemeinde- und Gebietsreformen, soweit es sinnvoll ist - unter Nutzung der modernen Bürotechniken, damit wieder mehr Bürgernähe und Eigenverantwortung durch Selbstverwaltung möglich wird. Die Zuständigkeiten werden stufenweise zugeordnet, so daß die übergeordnete Behörde

nur das übernimmt und regelt, was die untergeordnete nicht sinnvoll zu regeln vermag.

Die Aufgabe der nationalen Bewegung unserer Zeit muß es daher sein, im Sinne einer Selbsthilfeorganisation derer, die sich dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit verbunden fühlen, durch eine völlige Neugestaltung des Staatswesens den Grund zu einer neuen geschichtlichen Entwicklung zu legen, und zwar über alle Hemmnisse und Widerstände der Vergangenheit hinweg.

> **Mit der lediglichen Umgruppierung der Machtverhältnisse und Umverteilung der Vermögen ist nichts erreicht! Neuordnung heißt: etwas völlig Neues schaffen!**

Artur Mahraun, durch seinen Jungdeutschen Orden in Erscheinung getreten und Gegenspieler Hitlers, mahnte schon in den 20er Jahren, daß wir die Neuordnung nicht durch opportunistische Anbiederei an die herrschenden Kräfte erreichen. Er sagte:

> **„Jeder Kompromiß mit einer Einrichtung im Staatswesen, in deren Natur die Symptome des Niederganges enthalten sind, wäre Verrat an der Nationalen Bewegung unserer Zeit, denn er würde die Keime der Krankheit in die neue Epoche hinübertragen."**

Wenn wir also die Zukunft gewinnen wollen, müssen wir uns der überkommenen Erblasten entledigen und neue Grundlagen schaffen. Allein schon die Aufhebung des parteiistischen Parlamentarismus entledigt uns einer dieser Erblasten und schafft eine der wesentlichen Voraussetzungen für ein konstruktives, zukunftweisendes Zusammenleben des deutschen Volkes.

Mit dieser Forderung befinden wir uns sogar heute in absoluter Übereinstimmung mit dem Grundgesetz, wie es im Art. 21 heißt: **„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit!"**

Bevor wir an das neue Bild vom Staat herangehen, sollten wir über das bisherige Staatsverständnis sprechen. Zwei Monarchen Europas haben ein Staatsverständnis geprägt, das heute noch nachwirkt. Zwischen ihren Ansichten pendelt heute noch jede Staatlichkeit.

Sonnenkönig LUDWIG XIV. erklärte: **„Der Staat bin ICH".**

Worauf beruht solche Selbstüberschätzung? Er konnte sich auf PAULUS berufen, der in seinem Brief an die Römer schrieb (Kap. 13, Vers 1):

„Jedermann sei den obrigkeitlichen Gewalten untertan; denn es gibt keine Obrigkeit ohne von Gott, und wo immer eine besteht, ist sie von Gott verordnet.“

Das scheint auch heute noch der Bonner Standpunkt zu sein.
Dieses Gottesgnadentum wirkt auch bei FRIEDRICH DEM GROSSEN, wenn er erklärt:

„Ich bin der erste Diener MEINES Staates.“

Man achte auf die Formulierung MEINES Staates. Dennoch war Friedrichs These revolutionierend, er erklärte Regierungsgewalt als DIENST, welch schreckliches Wort für die Monarchen damals und für unsere Zeitgenossen, wo doch wohl jeder herrschen will, aber jeder Dienen verpönt.

Diese beiden Erklärungen haben den ETATISMUS, die Lehre, die den Staat zum Selbstzweck macht, bestärkt. Statt im STAAT Zusammenführung und Regelung der innervolklichen Abläufe zu erblicken, sah man im Staat ein Mittel, MACHT maßlos anzuhäufen und ihren Geltungsbereich ständig auszuweiten. MACHT wurde über den an sich positiven Begriff ORDNUNG gestellt. Ordnung wurde zum Feigenblatt, Macht sinnlos und zweckentfremdend auszuüben, wie wir es täglich neu erleben. Macht war nicht mehr notwendiges Mittel, um Wohlfahrt für alle zu erreichen, Macht wurde Mittel zum Zweck der Selbsterfüllung für Einzelne oder kleine Gruppen. So **kämpfen auch unsere Parteien lediglich um Macht und nicht um das Wohl des Volkes, von dem sie sich schon längst abgekoppelt haben.** Ihre phrasenreichen Programme sind Verpackung ohne Inhalt. Der Schlachtruf des Parteiisten heißt:

„Der Staat ist unser!“

Schon längst wurde er von ihnen in Besitz genommen und zum Selbstbedienungsladen degradiert.

Ein Beispiel aus unseren Tagen mag es belegen:

„Knapp vier Jahre war Heinz Eggert (49, CDU) Innenminister von Sachsen. Sein Rücktritt (er soll Mitarbeiter sexuell belästigt haben) macht ihn zu einem finanziell abgesicherten Mann: 5 Monate Übergangsgeld (14 961 Mark/Monat), dazu Diäten als Landtagsabgeordneter (10 000 Mark/Monat). Und ab seinem 55. Geburtstag kassiert er auch noch 6 000 Mark im Monat bis an sein Lebensende Pension für seine Zeit als Minister. Doch Eggert ist nur einer von vielen!

Zur Zeit kassieren bundesweit 150 Ex-Landesminister und 49 Ex-Bundesminister staatliche Pensionen. Insgesamt berappen die Steuerzahler dafür rund 46 Millionen Mark/Jahr. Allein die früheren Bundespräsidenten Walter Scheel und Richard von Weizsäcker erhalten jeweils 364 000 Mark pro Jahr.

Die Durchschnittsrente nach 40 Arbeitsjahren beträgt in Deutschland übrigens rund 1800,- Mark. ...“ [21)]

Wo steckt hier eigentlich die Gegenleistung? Man löst das Volk auf, führt den Staat in den Bankrott und kassiert von den Opfern auch noch diese hohen Beträge!

Sie fragen sich begründet: „Was soll geschehen, was muß geschehen, um die unheilvolle Lage zu überwinden?“ Ich will versuchen, die notwendigen Maßnahmen aufzuzeigen und an einem Beispiel ausführlich darzustellen.

Die klassische Lehre vom Staat kennt zwei Dreiteilungen.

Kennzeichen des Staates sind:

1. Staatsgebiet
2. Staatsvolk
3. Staatsgewalt

Die Staatsgewalt wird unterteilt in:

1. gesetzgebende
2. ausführende
3. rechtsprechende

Doch Volk und Staat, wie es Hardenberg, vom Stein u.a. wollten, sind nicht mehr eins. Wir müssen bitter feststellen, daß Teile unseres Volkes in anderen Staaten leben. (1918, 1945)

1918 glaubten die Deutschen, ein altes System abgeschüttelt zu haben, der wahren Volksherrschaft näher gekommen zu sein. Artur Mahraun schrieb 1927 hierzu kritisch:

„Mit der Gründung der DEUTSCHEN REPUBLIK ist ein vollkommen neuer Zustand geschaffen worden. Dieser Zustand kann nur einen ÜBERGANG darstellen, denn die Deutsche Republik hat die großen Fragen der Jahrhunderte nicht gelöst. Ihre Begründung auf dem System der MODERNEN PARTEIISTISCHEN DEMOKRATIE hat neue Fehler zu den alten gefügt.“

„Die REVOLUTION von 1918 ergriff nicht die Seele des ganzen Volkes. Der ehrliche Freiheitswille wurde zeitweise überwuchert von den maßlosen Forderungen alles verneinender BILDERSTÜRMEREI ...
Wohl ist die HÖFISCHE ARISTOKRATIE aufgrund des Sturzes der Fürsten ihrer Macht beraubt. An ihrer Stelle haben sich GELDARISTOKRATIE und GROSSGRUNDBESITZ die Herrschaft geteilt. PLUTOKRATIE und REAKTION haben sich die Hände gereicht... Darum haben sie Frieden mit der alten Revolution gemacht, um der neuen die Stirn bieten zu können. ABER IHRE MACHT STEHT AUF TÖNERNEN FÜSSEN."

Wie sehr gilt das erst für heute, denn die Deutsche Bundesrepublik hat die Fehler von 1918 wiederholt, die Sieger restaurierten die Zustände von Weimar – warum wohl? „Das **Grundgesetz** hat viele vorteilhafte Richtlinien geschaffen, aber auch ebensoviele, wenn nicht mehr, Fehler eingebaut." 22)

Es fehlt dem Grundgesetz z. B. ein Abschnitt über die **Volksgemeinschaft und die sie bildenden Untergemeinschaften. Dem Grundgesetz fehlt auch der Grundstock zur Begründung einer volksbezogenen Ordnung.**

Aus der Beschreibung der Fehler staatsnationaler Ordnung können wir nun nicht den Schluß ziehen, daß der Staat abgeschafft werden müsse, wie es etwa Bakunin und die Anarchisten wollten, sondern es muß das Volk insgesamt den Sieg über den Staat davontragen. Die Alternative heißt Volksordnung, heißt im Mahraunschen Sinne

Volksstaat

Die herrschenden Systeme in Ost und West, die ja aus der gleichen Quelle gespeist werden, haben eine wirkliche Demokratie im Sinne tatsächlicher Herrschaft des Volkes bisher verhindert. Ob einige Parteiklüngel, die sich ihre Macht gegenseitig abgesichert haben, unterstützt von einer dienstbaren Bürokratie und das beide dirigierende Großkapital oder die kommunistischen Staatsparteien mit ihren Funktionärsapparaturen das Leben des Volkes bestimmen, bleibt in letzter Konsequenz gleich. Es ist ein Neofeudalismus der jeweils Machthabenden.

Die Kandidaten für alle politischen Ämter werden bestenfalls von den Parteiangehörigen bestimmt und aus ihren Reihen gewählt. **Das Volk wird nicht gefragt und hat nichts zu sagen. Selbst bei lebenswichtigen Entscheidungen kommt es nicht zu Wort – nicht einmal bei seiner Abschaf-**

fung! –, sondern hat sich parteibürokratischer Bevormundung unterzuordnen und nur die Folgen dieser verhängnisvollen Politik zu tragen, ob wir die Europapolitik auf ihrem Weg zur EU und Maastricht mit ihren verheerenden Folgen betrachten oder den Wahnsinn des Bundeswehreinsatzes, der uns im äußersten Falle in einen dritten Weltkrieg führt!

Der Volksstaat hingegen ist der Staat, in dem sich das Volk selbst verwirklichen kann, in dem es sich eine Ordnung gibt, die ihm die Bestimmung seiner selbst – Selbstbestimmung – gibt.

Denn jeder Einzelne im Volk trägt eine – seine – ihm gemäße Rechtsveranlagung und damit das Urbild des Staates – seines Staates - in sich selbst.
Es sind nämlich nicht die tatsächlich fixierten Gesetze, sondern das in unserem Zusammenleben als Volksgemeinschaft wirkende gemeinsame Rechtsgefühl, das im Einzelnen seinen Ursprung hat, was den Staat zum Staate macht und die Gesetze zum geltenden Recht.

Die Lehre vom Volksstaat ist somit der Schlüssel zur Volksordnung.
Ihre Aufgabe ist es, den Freiheitsraum des Einzelnen zu schützen, aber niemals seinen Inhalt zu bestimmen! Und wenn Demokratie Volksherrschaft sein soll, dann dürfen Gesetze nicht mehr einseitig von bestimmten Gruppen von oben als Befehl gegeben werden, sondern müssen vom Volke ausgehen und bei den einzelnen Mitgliedern des Volkes wieder ankommen.

Nur so wird Fremdbestimmung, wie sie uns seit 50 Jahren aufgezwungen wird, vermieden.

Da politische Entscheidungsfähigkeit aber voraussetzt, daß man in der Lage sein muß, dasjenige zu beurteilen, worüber zu entscheiden ist, muß der Informationsweg von den Bildungseinrichtungen aller Grade bis zu den **Massenmedien** frei sein. **Sie dürfen nur der Wahrheit – worunter ich die Übereinstimmung von Wahrnehmung und Tatsächlichkeit verstehe – und nichts anderem verpflichtet sein.**

Artur Mahraun stellte der mangelhaften staatsnationalen Ordnung den Begriff „**Volksnationale Ordnung**" gegenüber. Da Volk und Nation zwar ähnliche, aber nicht gleiche Begriffe sind, sprechen wir **besser** von **volksbezogener Ordnung,** um den Begriffen ihren naturgemäßen Inhalt zurückzugeben.

VOLK als größte biologische Einheit ist eine durch Erbgut, Sprache, Geschichte, Lebensraum und Kultur geprägte Gemeinschaft.

Von Martin Buber, Zionist und jüdischer Philosoph, 1878-1965, stammen die Worte:

> **„Jedes Volk hat sein eigenes Wesen und seine eigene Gestalt,**
>
> **jedes Volk steht in seiner eigenen Art und darf keinem anderen untertan sein,**
>
> **jedes Volk hat seinen natürlichen Ort und seinen Anspruch, da zu leben, und**
>
> **jedem Volk muß gewährt sein, sich seinen Gott nach seinen eigenen Gedanken zu wählen."**

Volk kann also immer nur ethnisch verstanden werden. Andere Deutungen im Sinne von Be-völkerung oder Staatsvolk, wie heute von der politischen Klasse in Bonn angestrebt, um die Eingliederung der Ausländer zum Zwecke der Umvolkung zu ermöglichen, sind unzulässige Verfälschungen, die mit aller Entschiedenheit abzulehnen sind, da andersnfalls die Volksordnung im aufgezeigten Sinne zerstört wird.

NATION – um sie hier wieder einzuführen –
kennzeichnet ein Volk, das, sich seiner Eigenart bewußt geworden, aktiv am politischen Geschehen teilnimmt, d. h. vom Objekt anderer zum handelnden Subjekt wird.

Somit ist Nation eine Bewußtseinsfrage.

- **Ohne allgemein verbreitetes Nationalbewußtsein gibt es keine Nation.**
- **Die staatliche Organisation eines Volkes macht es noch nicht zur Nation. Die Gleichung: „Volk plus Staat ist gleich Nation" stimmt nicht.**
- **Es genügt auch nicht, daß eine Minderheit im Volke Nationalgefühl entfaltet. Von einer Nation kann man erst sprechen, wenn wirklich die breiten Schichten eines Volkes ganz vom Nationalbewußtsein durchdrungen werden.**

- **Voraussetzung zur Entstehung eines solchen Bewußtseins aber ist eine weitverbreitete Kenntnis von der Geschichte, von den bedeutenden Kulturleistungen des eigenen Volkes und der Stolz auf sie.**

Ohne dies alles können wir nicht von einer Nation sprechen.

Volk ist demnach eine Schicksalsgemeinschaft. Seine Aufgabe ist die Erhaltung und Weiterentwicklung seiner Lebensart.

Nation ist demnach ein politischer Begriff.

Volk und Nation sind, wenn vorgenannte Voraussetzungen erfüllt sind, von ihrem Bestand her deckungsgleich und können im Sprachgebrauch entsprechend angewendet werden.

Für die Staatsbürgerschaft gibt es zwei international gebräuchliche Bestimmungsprinzipien: Das ius solis oder zu deutsch **Bodenrecht** und das ius sanguinis, das **Blutrecht**. Auf einem Boden geboren zu sein oder von Eltern abzustammen, sind die beiden Kriterien.

In den romanischen Ländern Europas sowie in Großbritannien herrscht das Bodenrecht vor. Es sind dies Länder, die den Begriff „Volk" in unserem Sinn nicht kennen, sondern ihn gern auf Sprachgemeinschaft beschränken. Es sind aber vornehmlich Staaten, die mehrere Nationalitäten auf ihrem Boden beherbergen und diese Staatsbürger rechtlich zu überwölben haben.

Das deutsche Staatsbürgerrecht basiert auf dem Blutrecht. Deutscher ist also, wer deutschen Blutes ist. Für Israel gilt dasselbe Recht. Doch die Auflagen sind weit schärfer gefaßt, wie eine Meldung von AFP zeigt.

> AFP **Jerusalem** - Das israelische Religionsministerium soll eine Liste mit zehntausend Israeli erstellt haben, die nicht heiraten dürfen, weil sie als „Bastarde" oder „Unreine" gelten. Das berichtete gestern der israelische Rundfunk. Die Betroffenen seien davon nicht unterrichtet worden und würden erst von den rabbinischen Gerichten darüber in Kenntnis gesetzt, wenn sie heiraten wollten. Diese orthodox-religiösen Instanzen verfügen über das Monopol der Eheschließung in Israel. Als „Bastarde" gelten unter anderem Kinder, die aus einer außerehelichen Beziehung einer verheirateten Frau hervorgegangen sind. Über zehn Generationen dürften die Nachkommen sich nicht mit einem jüdischen Partner verheiraten. [23)]

In der Tat hat das Blutrecht in seiner Wirksamkeit eine völkische, auf den Nationalstaat zielende Richtung, während das Bodenrecht eine imperialisti-

sche, auf den Nationalitätenstaat zielende Richtung besitzt (s. Frankreich, Belgien, Polen, ehemalige Tschechoslowakei und Jugoslawien, Ausnahme: die Schweiz).

Damit keine Irrtümer aufkommen: Das mittelalterliche „Reich" beließ seinen Gliedern die unversehrte Nationalität, hatte also staatsrechtlich mehr den Charakter eines Staatenbundes und war deshalb in seinem Wesen nicht imperialistisch angelegt.

Das erklärt, weshalb alle Staaten und Völker, die unter dem Nationalbegriff aus ihrem Selbstverständis heraus das Übergreifen des Staates auf andere Völker verstanden, dieselbe imperialistische Entwicklungsrichtung Deutschen immer dann unterlegten, wenn diese sich zur „Nation" oder zum „Nationalen" bekannten; daß sie deutschen Nationalismus bekämpften, weil sie ihn nur nach eigenem Vorbild als imperialistisch deuten konnten, ungeachtet der Grundtatsache, daß die Deutschen unter „Nation" das zur staatlichen Einheit strebende Volk begriffen und keinen Schritt über die Volkstumsgrenzen hinaus tun wollten.

Somit gilt:

Wer den Grundwert Volk leugnet und den Imperialismus zu bekämpfen vorgibt, lügt!

Zur Nation gehört das tägliche Bekenntnis und der Wille zueinander.

Unter diesen Voraussetzungen können wir folgern:

Die Südtiroler sind Deutsche. Sie gehören als italienische Staatsbürger nicht der italienischen Nation an. So sind die Basken ein eigenständiges Volk, sie gehören als spanische Staatsbürger aber nicht der spanischen Nation an.

So sind die Slowenen in Kärnten eben Slowenen; sie gehören als österreichische Staatsbürger dem österreichischen Staat, aber nicht der deutschen Nation an.

Somit gilt:

1. **Ein Volk kann niemals aus mehreren Nationen, eine Nation niemals aus mehreren Völkern bestehen, Nation ist dem Staat nicht untergeordnet.**
2. **Der romanische Staatsbegriff „Nation" umfaßt alle in den Staatsgrenzen lebenden Menschen, gleich welchen Volkstums sie sind. Diese Auffassung hat mit der volksbezogenen Grundhaltung nichts gemein.**

3. **Eine Staatsbürgerschaft kann man wechseln oder wechseln müssen, das Volkstum nicht.**

Wenn wir Volk und Nation im vorstehenden Sinne verstehen, so wird das nationale Bewußtsein – das Nationalbewußtsein – uns verpflichten, uns gegen Ausbeutung und Unterdrückung der Glieder unseres Volkes zu wenden, und zwar aus Gerechtigkeitsempfinden und somit sozialer Verantwortung. Nationale Haltung und soziale Verantwortung sind demnach untrennbar verflochten, **so daß „national sein" auch „sozial handeln" heißt!**
Das eigene Wertbewußtsein, verbunden mit der Pflichterfüllung dem eigenen Volke gegenüber, lehrt aber auch gleichzeitig den Nachbarn in seiner Andersartigkeit zu sehen und zu schätzen, ohne daß damit eine Abwertung verbunden ist.
Die Anerkennung der Eigenständigkeit des Nachbarn mindert darüber hinaus die Entartung des Nationalismus zum Chauvinismus oder Imperialismus.

Innerstaatlich kann diese **Volksordnung gemäß unserer auf Volksgemeinschaft** ausgerichteten Zielvorstellung nur als **„Aristokratische Demokratie"** – als **Herrschaft der Besten** – verstanden werden.

Nicht Masse, manipulierte Mehrheiten, willkürliche Gruppenzusammenrottungen sollen herrschen.

Die BESTEN des Volkes sollen nach Vorschlag jener regieren, die sie repräsentieren. Dies läßt sich nur in einer Ordnung verwirklichen jenseits der Parteienlandschaft. Nicht sich so nennende „Eliten" nach Klasse, Stand oder Ideologie sollen das Volk führen, sondern die nach Charakter, Befähigung als auch nach Leistung Besten. Unsere Parteien und ihre Hintermänner können das nicht bieten, wie wir täglich neu erfahren.

Die alten Ideologieparteien sind Ausgeburten der Französischen Revolution und überlebte Erscheinungen des kapitalistischen Parlamentarismus. Als Institutionalisierung von künstlich konstruierten Dauergegensätzen auf allen Gebieten sind sie Träger der Zersetzung des Volkslebens, der Zerrissenheit des Volkskörpers – der ständigen Verhetzung der Bürger gegeneinander, der Zentralisierung aller öffentlichen Gewalt, Feinde jeder wahren Gemeinschaft.

Nahum Goldmann schrieb schon 1915:

„So besteht denn die erste Aufgabe unserer Zeit in der Zerstörung: alle sozialen Schichtungen und gesellschaftlichen Formungen, die das alte System geschaffen hat, müssen vernichtet, die einzelnen Menschen müssen aus ihren angestammten Milieus herausgerissen werden; keine Tradition darf mehr als heilig gelten; das Alter gilt nur als Zeichen der Krankheit; die Parole heißt: was war, muß weg. Die Kräfte, die diese negative Aufgabe unserer Zeit ausführen, sind: auf dem wirtschaftlich-sozialen Gebiete der Kapitalismus, auf dem politisch-geistigen die Demokratie. ...“ [24)]

Ist das Zerstörungswerk vollendet, schreibt er:

„Dann aber erst erhebt sich die andere, größere und schwierige Aufgabe: der Aufbau der neuen Ordnung ... ein neues pyramidales, hierarchisches System muß errichtet werden. ...“ Es „wird den wahren aristokratischen Grundsatz zur Herrschaft bringen: Herrschen soll, wer herrschen kann ... Das neue Gesellschaftssystem wird nicht eher vollendet sein, als bis es zu einem Organismus geworden sein wird. Wir wissen es heute alle, daß diese Aufgabe die größte und bedeutsamste ist; wir pflegen sie nur anders zu bezeichnen: Wir nennen sie die Lösung der sozialen Frage.“ [24)]

Zur Herstellung solidarischen Zusammenlebens sind die Ideologieparteien daher abzulösen durch eine auf ideologiefreier Selbstbestimmung der Bürger beruhende Gemeinschaftsdemokratie im gestuften Aufbau der organischen Gemeinschaften. Denn die Festlegung auf die Grundsätze einer Partei macht die ihrAngehörenden untauglich zum Dienste am ganzen Volke.

Da dieses System aber nicht zu reformieren ist, – was schon Proudhon erkannte –, aber die Grundlagen für den Volksstaat im Mahraunschen Sinne gelegt werden müssen, wenn wir als Volk überleben wollen, das System aber noch besteht, gibt es nur die Möglichkeit, an den Parteien und Parlamenten vorbei diese Volksbewegung – in der Gemeinde beginnend –zu schaffen und die Eliten, die keinen internationalistischen Zielvorstellungen verpflichtet sein dürfen, da diese Bindungen sie hindern, im Sinne des Volksstaates zu denken und zu handeln, systematisch von unten nach oben aufzubauen.

Wir können festhalten:
Jedes Volk verdient denjenigen Staat, den es sich gefallen läßt. Der Staat ist nichts weiter als die Daseinsordnung, die sich ein Volk gibt. **Vergessen die Funktionäre der staatlichen Einrichtungen, daß sie ausschließlich dem Leben und Gedeihen ihres Volkes zu dienen haben, beginnen sie, aus den staatlichen Einrichtungen einen Selbstzweck zu machen, so wird es höchste Zeit, sie abzulösen. Geschieht das nicht, so ist mit dem Volk selbst etwas nicht mehr in Ordnung. Es besitzt offenbar nicht mehr die notwendige Lebenskraft, um für eine angemessene Daseinsordnung Sorge tragen zu können.**– Das Volk benötigt die staatliche Form, um Macht ausüben zu können, nach außen wie nach innen. Nur vom organisch gewachsenen Volk, nicht vom abstrakten Begriff der „Gesellschaft" her kann das Wesen des Staates gedeutet werden.

Volksstaat Deutschland

o heißt in der Folgerung des bisher Gesagten, daß alle Deutschen, soweit das räumlich möglich ist, in einem Staate leben müssen, also auch die abgetrennten Gebiete einschließlich Österreich und Südtirol. Sie gehören zu Deutschland und haben hierzu auch ihren Willen bekundet. 1918/19 – 1938 – 1956 Verbot.

o heißt, daß er ein Staat ist, der in Geschichte und Wesen seines Volkes wurzelt.

o heißt, daß er somit auch kein parteiistisch-parlamentarischer Staat sein kann, denn die Parteien haben nunmehr ein drittes Mal in Deutschland Schiffbruch erlitten, sei es im Kaiserreich, sei es in der Weimarer Republik oder jetzt in der Bonner Republik.
Das heißt nicht, daß wir Parteien generell ablehnen, sondern daß wir ihnen das Privileg der nahezu alleinigen Mandatsvergabe in die Volksvertretung gemäß GG Art. 21 aberkennen. Sie sollen ja nur an der Willensbildung MITwirken. Parteien wird es in diesem Neuen Staate geben, wie es auch andere weltanschauliche Vereinigungen gibt, denn die Koalitionsfreiheit ist eins der Grundrechte, die auch der Volksstaat verbürgt, nur darf sie nicht dazu führen, daß sie die Macht korrumpiert.

o heißt, daß notwendigerweise eine Wahlreform durchgeführt werden muß, die an die Stelle der Liste die Persönlichkeit setzt, das Vertrauensverhältnis zwischen Wähler und Abgeordneten wiederherstellt, dadurch den Einfluß von Geld auf die Auswahl der Volksvertreter verhütet und den Wähler vor Mißbrauch seiner Stimme für undurchsichtige Interessen

schützt. Diese Voraussetzungen lassen sich nur erfüllen, wenn wir überschaubare Einheiten schaffen.

- o heißt aber auch, daß er so gegliedert sein muß, daß Selbstorganisation und Selbstverwaltung möglich werden. Das setzt aber voraus, daß eine Organisationsform geschaffen wird, die Nebeneinanderwohnende wieder zur Nachbarn, zur Gemeinschaft werden läßt. Nur so wird Mitbestimmung und damit letztlich Mitverantwortung möglich. So wird das Gleichgewicht wieder hergestellt zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft, zwischen Gruppen und Volksganzem.
- o heißt lebendiger Organismus, kein Staat der Lobbyisten und Berufspolitiker; keine Herrschaft der Gruppen – Oligarchie –, die einander in Schach halten.
- o heißt, daß wir MITeinander bestimmen, wie wir leben wollen und nicht Herrschaft ÜBEReinander,
- o heißt, daß das Volk der Souverän ist.

Kern der Forderung ist die Verwirklichung der Subsidiarität (lat.), was „unterstützend" heißt. Dadurch kommt zum Ausdruck, daß die übergeordnete Instanz nur die Aufgaben übernimmt und regelt, die die untergeordnete nicht zu regeln vermag. Eine solche Zuständigkeitsordnung ist nicht nur über- und durchschaubar, sondern arbeitet billiger und wirkungsvoller, was ein Massenstaat wie die DBR heute nie erreichen kann.

Lassen Sie mich abschließend noch ein paar Worte zur „Nachbarschaft" als der Urzelle des Volksstaates sagen.

Die Nachbarschaft ist der freiwillige Zusammenschluß der Einwohnerschaft eines benachbarten Gebiets von räumlicher Zusammengehörigkeit und Überschaubarkeit sowie von einer begrenzten Personenzahl. Sie verlangt gegenseitige Offenheit und die Bereitschaft, Fehler zuzugeben.
Artur Mahraun umriß die Nachbarschaft mit 500 wahlberechtigten Bürgern. Es wäre nun Dogmatismus, zu sagen, diese Zahl sei unumstößlich! **Wichtig ist nicht die Zahl, sondern das Prinzip.** Die Stimmbezirke heutiger Wahlen wären zum Beispiel eine denkbare Größenordnung für die Nachbarschaft. Diese Nachbarschaften schließen sich zur Ortsgemeinschaft (Gemeinde) oder zum Stadtbezirk zusammen. Die Nachbarschaften entsenden die Vertreter für das Orts- oder Stadtbezirksparlament. Die Ortsgemeinschaften und Stadtbezirke delegieren wiederum Vertreter in die Stadt- und Kreisparlamente. Die Stadt- und Kreisvertretungen entsenden wiederum

Volksvertreter in das **PARLAMENT** des Gaues oder der Länder.
Aus ihnen ist die höchste Volksvertretung, der Volksrat, zu wählen.
Der Volksrat wählt dann aus seiner Mitte einen Staatspräsidenten, dieser Volksrat hat dann auch die Macht, dieses Staatsoberhaupt abzuwählen. Der Staatspräsident bestellt dann ein Kabinett aus Fachleuten, die der Volksrat bestätigt.

Die **Stufenfolge** sollte auch abgesichert werden, indem man die Ebenen miteinander verzahnt. Theoretisch sei hier ein möglicher Weg als Beispiel aufgezeigt:

Die Ebene A wählt in allgemeiner Abstimmung die für die Ebene B vorgeschlagenen Vertreter und die von B für die Ebene C. So kann umgekehrt auch die Ebene B Vertreter der Ebene C abberufen lassen, wenn die Ebene B dies mit qualifizierter Mehrheit bestätigt. Die **VERTIKALE GEWALTENTEILUNG** kann durch eine solche gegenseitige Absicherung innerhalb der Ebenen zu einer zweckmäßigen und harmonischen Ordnung führen. Alle Volksvertreter sind rechenschaftspflichtig und unter Umständen schadenersatzpflichtig. Die Volksvertretung auf Bundesebene, das Parlament, der Bundestag, der praktisch ein erweiterter Staatsrat ist, wäre mit 100-150 Abgeordneten gut besetzt.

Die Volksvertreter haben aus Herren des Volkes zu seinen Dienern zu werden. Sie haben aus eigenem Ermessen lediglich über laufende Routinefragen selbst zu befinden und im übrigen die Entscheidungen ihrer Wähler sachkundig vorzubereiten. Dieses Prinzip gilt für alle Ebenen, **VOLKSBERATUNG** ist die erste Voraussetzung der Selbstbestimmung des Volkes. Diese Volksberatung ist ein ständiger Dialog zwischen Führern und Geführten.

Nur so wird **wahre Herrschaft des Volkes – Volksherrschaft**, wird **Demokratie Wirklichkeit.**

Allen unseren Freunden sollte jedoch bewußt sein, daß unser Anliegen zunächst nur darauf gerichtet sein kann, das Bewußtsein der Masse unseres Volkes zu beeinflussen und zu verändern. Dieser Prozeß ist keine Frage der Zahl, sondern der Güte der Ideenträger. Denn ihre Ausstrahlungskraft allein bestimmt den Sonnenaufgang einer neuen Zeit, der sich stets nur allmählich am Horizont abzuzeichnen beginnt.

Quellen:

[1] Nach: Friedrich Engels, Gewalt und Ökonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reiches, 1887/88, Seite 411

[2] W. Landig, Wolfszeit in Thule, S.45

[3] Wohlstand für alle, Essen, Düsseldorf 1960, S. 14

[4] RZ, 23. 4. 80

[5] Grundzüge der Geschichte, Bd. 4, Verlag M. Diesterweg, S. 195

[6] Demokratie und Parlamentarismus als System der Selbstversorgung und Unverantwortlichkeit, G. Wolfram, Verlag Walter Dettmann, Hamburg 1, Mönckebergstraße 19 IV, 1932, S. 30

[7] Wie vor, S. 30

[8] Praktischer Idealismus, Adel – Technik – Pazifismus, Coudenhove Kalergi, Paneuropa Verlag, 1925, Kapitel 8, Plutokratie, S. 39, S. 42; Kapitel 10, Judentum und Zukunftsadel, S. 53

[9] Wie vor, S. 31

[10] Walter Rathenau, Nachgelassene Schriften, S. Fischer Verlag, Berlin, 1928, S. 125

[11] Siehe 6), S. 49

[12] FAZ, 4. 7. 96

[13] Klaus Kunze „Der totale Parteienstaat", S. 15-17, DEUGRO Verlag, Im Fritzen 16, 73733 Esslingen

[14] RZ, 30. 5. 84

[15] RZ, 26. 9. 83

[16] RZ, 28. 6. 84

[17] Goethes Werke, Band 8, Hamburger Ausgabe, 6. Auflage 1964, Hamburg, Wilhelm Meisters Wanderjahre, 3. Buch, im Kapitel „Aus Makariens Archiv", Seite 470

[18] RZ, 4. 8. 77

[19] Spiegel, Nr. 46-1980

[20] Bericht der „Unabhängigen" v. 13. 12. 1975

[21] Neue Revue, Nr. 30 v. 20. Juli 1995, S. 26

[22] Urs Bernetti, „Das deutsche Grundgesetz - eine Wertung aus Schweizer Sicht", Neue Visionen GmbH Verlag, Postfach, Ch 8116 Würenlos

[23] Die Welt, Donnerstag, 22. Dezember 1994 - Nr. 298-51

[24] Nahum Goldmann: Der Geist des Militarismus, Stuttgart/Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt, 1915, S. 38/39

„Ein Tyrann kann klug oder ein Narr sein, tugendhaft oder verbrecherisch, ein Segen für seine Untertanen oder ein Fluch. Alles ist möglich, sogar die Vollkommenheit. Die Demokratie jedoch ist immer und notwendigerweise eine Katastrophe. Athen ist so geworden wie die Leute, die es beherrschen, und unsere Politik hat den Charakter einer Pförtnersfrau angenommen, habgierig, streitsüchtig, kleinlich und widersprüchlich. Unsere Verbündeten wie unsere Feinde sind vereint im Haß auf uns. Und all das haben wir der Demokratie zu verdanken."

Aus Platons „Politeia"